

Planung	Bescheinigung	Aufstellung	Offenlegung	Genehmigung	Genehmigung
Stadtverwaltung Meinerzhagen - Bauamt-	Es wird bescheinigt, daß die Festlegung der städtebaulichen Planung geometrisch eindeutig ist Die Darstellung stimmit mit dem amtlichen Katasternachweis überein. Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 10 1.1965	Diese Anderungdes Bebauungsplanes ist gemaß § 2(1) BBauG durch Beschluß des Rates der Stadt Meinerzhagen vom aufgestellt worden	Diese Änderung des Bebauungsplanes Nr 7 Studtkern der Stadt Meinerzhagen hat mit Begrundung gemaß § 2 BBauG vom bis offentlich ausgelegen Ort und Dauer der Offenlegung sind gemaß § 2 (6) BBauG am bekanntgemacht worden.	Diese Bebauungsplananderung ist gemäß in BBauG mit Verfügung vom genehmigt worden	Die Gestaltungsvorschriften zu dieser Bebauungsplanänderung sind gemäß § 103 BauONW mit Verfügung vom genehmigt worden.
				Der Regierungspräsident:	Der Oberkreisdirektor als Untere staatliche Verwaltungsbe – hörde Lüdenscherd
Memerzhagen, den	Meinerzhagen ,den	Meinerzhagen , den	Meiner zhagen , den	Arnsberg , den	Altena, den
				i.A.	
Stadtbaurat		Stalld-rektor .	Stadtdirektor	1.0.	i. A.

D. Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekannt - Emachung der Genehmigung des Regierungspräsi - denten sowie von Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung in Kraft.

Satzung der Stadt Meinerzhagen vom

Bebauungsplan M. 1:1000 Nr. 7 , Stadtkern

4. Änderung gemäß § 13 BBauG

Bürgermeister

Ratsmitglied

Schriftführer

Präambel der Gemeindeverördnung für das Land Nordrhein Westfalen in der Neufassung vom 19 12 1974 (GV NW 1975 S 91), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8 4 1975 (GV NW S 304/ Aufgrund des § 4 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Neufassung vom 18 8 1976 (BGBL I S 2256) in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Neufassung vom 15. September 1977(BGBL I S 1763) (1) der Bauordnung für das Land Nordrhein Westfalen (Bau O NW) in der Fassung der Bekannt-machung vom 2711970 (GV NW 1970 S 96) geandert durch Gesetz vom 15.71976 (GV NW 1976 S 264/ SGV NW 232) in Verbindung mit der Ersten Verordnung des Landes Nordrhein Westfalen zur Durchfuhrung des Bundesbau gesetzes in der Fassung der Dritten Verordnung zur Anderung der Ersten Verordnung vom 21 4 1970 (GV NW 1970 S 299) hat der Rat der Stadt Meinerzhagen in der Sitzung am 15.08.1979 die planungsrechtlichen Festsetzungen dieses Bebau ungsplanes gemaß § 10 BBauG und die Gestaltungvorschriften gemaß § 103 BauO NW als Satzung beschlossen Festsetzungen gem § 9(1) bis(3) und (7) BBauG A. Grenze des raumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes -Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, soweit diese nicht schon durch die Farbgebung, z.B. bei Grun-flachen, Flächen für den Gemeinbedarf usw erkennbar ist Auch die grunen Begrenzungslinien der Verkeh flachen stellten Abgrenzungen unterschiedlicher Nutzung dar Diese Abgrenzungen gelten auch für die Ge WA Allgemeine Wohngebiete gemaß § 4 Bau NVO Zulassig sind: 1. Wohngebäude 2. die der Versorgung des Gebietes dienenden Laden, Schank-und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe 3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke Von den Ausnahmen gem § 4 (3) Bau NVO wird Ziffer 1 (Betriebe des Beherbergungswesen) und Ziffer 3 (Anlagen für Verwaltungen sowie sportliche Zwecke) allgemein zugelassen. Die übrigen Ausnahmen sind nicht zulässig Überbaubare Grundstücksflächen Das ist der farblich so festgelegte und durch blaue Baugrenzen und oder rote Baulinien begrenzte Teil des Baugebietes auf dem bauliche Anlagen errichtet werden durfen. Im Einzelfall darf jedoch der bebaubare Grundstucksanteil (die zulässige Grundflache) der Baugrundstucke nicht über schritten werden Nicht uberbaubare Grundstucksflächen Nebenanlagen gemäß § 14(1) Bau NVO sind zulässig. Elachen für Garagen. Soweit Garagen nicht verbindlich im Bebauungsplan festgesetzt sind sie auch auf den nicht überbaubaren Grundstuckflächen zulässig Sie mussen aus verkehrlichen Grunden einen Mindestabstand von 5,0m vom befestigten Fahrbahnrand einhalten. In begründeten Fällen ist eine Ausnahme möglich. Ga TGa Tiefgarage Stellplätze Sit Private Grünfläche gem. § 9 (1) Nr 15 BB au G Zweckbestimmung : privater Kinderspielplatz Verkehrsflache Gehweg Fahrbahn Gehweg Straßenbegrenzungslinie private Verkehrsfläche 0.4 Grundflächenzahl z.B. Geschofflachenzahl z.B. Zahl der Vollgeschosse (Hochstgrenze) z.B. Ш offene Bauweise z.B. geschlossene Bauweise z.B. Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 1. Bebauungsplan anderung gem. § 9 (7) B Bau G B. Gestaltungsvorschriften gem § 103(1)

Gestaltungsvorschriften gem § 103(1) Nr. 1, 2 und 4 Bau 0 NW

SD Satteldach

35–50° Dachneigung z B

Firstrichtung zwingend

PD Pultdach

Einfriedungen Grundstückeinfriedungen entlang der Straßen und Wege durfen 80 cm. Hohe nicht überschreiten Im Bereich der Sichtdreiecke hat die dort getroffene Festsetzung Vorrang

Sonstige Darstellungen

Geplante neue Grundstücksgrenzen Vorhandene Grenzsteine und Grundstücksgrenzen Höhenlinien mit Höhenangaben über NN Empfohlene Baukorperstellung